

Kommentar

Beiden Seiten zuhören heisst, nur eine zu hören

Gabriel Ash



In der Tat, Israelis wie PalästinenserInnen sind Menschen, mit allem, was dies an Ängsten, Verletzlichkeiten und Hoffnungen bedingt. Und als Menschen sind Israelis wie PalästinenserInnen gleichermassen sympathisch oder unsympathisch, das heisst sie sind vielfältig und verdienen gleichermassen menschliches Mitgefühl.

Wenn es aber darum geht, Gerechtigkeit zu befördern, ist die oft gehörte Aufforderung, „beiden Seiten zuzuhören“, unwirksam und kontraproduktiv. Denn in der realen Welt begegnen wir uns nicht als abstrakte „menschliche Wesen“. Jede/r von uns ist Mann oder Frau, hat weisse oder dunkle Haut, ist arm oder reich, gehört einer religiösen/ethnischen Mehrheit des Landes an, in der er/sie lebt, oder eben nicht, hat Bürgerrechte oder ist illegale/r Migrant/in (und alle Abstufungen dazwischen). Die gesellschaftlichen Strukturen sind verantwortlich dafür, dass die Stimmen der einen so sehr verstärkt werden, dass wir sie zwangsläufig dauernd hören, ja sie sogar in unsere Träume hineinspielen. Die Stimmen der anderen hingegen werden weniger gehört und sind manchmal fast gar nicht vernehmbar. Bisweilen bedarf es grösster Bemühungen, sie überhaupt wahrzunehmen, ganz zu schweigen davon, sie für andere hörbar zu machen. Die Gesellschaft

besteht aus Institutionen, die dazu bestimmt sind, gewisse Interessen zu stärken und ihnen zu dienen. Auf wessen Anliegen die institutionelle Aufmerksamkeit gerichtet ist, das ist eine Machtfrage.

Wir können ernsthaft bejahen, für uns sei jedes Menschenleben gleich viel Wert. Doch Werte sind nichts als Worte, solange sie nicht institutionell eingebettet sind, und es ist eine in nüchternen Zahlen messbare simple Tatsache, dass unsere Institutionen diese Einbettung nicht leisten. Türen öffnen sich für den israelischen General a.D., der in die Schweiz kommt, um hier Drohnen zu verkaufen und die Qualität seiner Ware anzupreisen, deren Effizienz sie in der letzten Operation beweisen konnte. Er hat viel anzubieten, der General a.D.: Geschäftsmöglichkeiten, Pressereisen, Jobs. Er kann das volle Gewicht internationaler Beziehungen und globaler Wirtschaftsstrukturen ausspielen, die sein Angebot nahezu selbstverständlich klingen lassen. Seine Drohnen funktionieren. Ihr Kauf bringt einen erkennbaren Vorteil. Sie machen den Staat sicherer und Kontrollen wirksamer. Sie stellen wertvolle Beziehungen her, fördern den technologischen Austausch und Arbeitsplätze und kurbeln das Wirtschaftswachstum an. Die Leben, die Drohnen möglicherweise retten, werden als rettenswert erachtet. Doch die Stimme des schreienden Vaters in Gaza, der die in Fetzen gehüllten Überreste seiner Tochter Noha Mesleh in den Armen hält, ist unhörbar. Es war schon fast ein glücklicher Zufall, dass ein Fotograf seine Trauer verewigte, und ein paar wenige haben diese vielleicht auf ihrer Facebook-Seite gesehen. Doch damit hat es sich, denn Noha war von Geburt an dafür ausersehen, nicht diese Art von Leben zu verkör-

pern, für deren Schutz die vorherrschenden politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Institutionen unserer Zeit konzipiert sind.

Die Gewalt, die dieses eine Kind tötete, vorgeblich im Namen des Schutzes eines anderen Kindes, ist nicht ein Ergebnis gegenseitigen Unverständnisses – einer extremen Meinungsdivergenz –, sondern sie ist das Resultat einer anderen Differenz, nämlich eines extremen Machtgefälles und des Bemühens derer, die die Macht haben, diese zu behalten. „Beiden Seiten zuhören“ ist daher keine Strategie, um die Gewalt zu beenden oder der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, es ist nur eine Konzession an jene, die bereits die volle institutionelle Macht geniessen.

Wenn jemand in der Öffentlichkeit attackiert wird, soll dann die Polizei eingreifen und den Angreifer stoppen? Oder soll sie statt dessen zuerst fordern, dass sowohl Opfer als auch Täter „ihre Geschichte erzählen“ und zu einem gegenseitigen Einverständnis kommen? Dialog und Austausch können den rechtlichen Rahmen nicht ersetzen. Im Gegenteil, die Teilhabe an einem Gespräch setzt voraus, dass man Grundrechte, einen gleichberechtigten Status genießt, der durchsetzbar sein muss, bevor das Gespräch beginnen kann.

Wenn wir also Gerechtigkeit und ein Ende der Gewalt wollen, müssen wir die Machtverhältnisse berücksichtigen und auf ihre Veränderung hinarbeiten. Dafür müssen wir alles dransetzen, die Institutionen dazu zu bringen, jenen zuzuhören, die sie so gern überhören. Wir müssen die Institutionen der Mächtigen dazu bringen, die Leben zu schützen und zu verteidigen, die sie normalerweise vernachlässigen. Daher gilt es zu allererst das Machtverhältnis zwischen Israelis und PalästinenserInnen zu beachten und dessen Überwindung zu fordern – angefangen bei der Anerkennung und Durchsetzung der fundamentalen Rechte der PalästinenserInnen.

Gabriel Ash ist Mitglied des International Jewish Anti-Zionist Network (IJAN) und BDS-Aktivist in Genf